AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 08.06.2026 | Julia Engels

# Die neuen Schlachtfelder

## Handel sollte Frieden schaffen. Heute werden Lieferketten, Rohstoffe und Technologien zu geopolitischen Waffen.

Europas geopolitische Schwäche zeigt sich heute nicht zuerst auf Schlachtfeldern, sondern in Lieferketten. Die eigentliche Machtfrage des 21. Jahrhunderts lautet nicht mehr nur, wer die stärkere Armee besitzt, sondern wer kritische Rohstoffe, Technologien und Infrastruktur kontrolliert. Lange Zeit wurden Wirtschafts- und Sicherheitspolitik als getrennte Sphären betrachtet. Wirtschaftspolitik sollte Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sichern, Sicherheitspolitik beschäftigte sich mit Militärbündnissen, Abschreckung und geopolitischen Konflikten. Doch diese Trennung verliert zunehmend ihre Gültigkeit. In einer Welt wachsender Rivalitäten werden Lieferketten, Rohstoffe und Technologien selbst zu strategischen Machtmitteln.

Wie konkret dieser Wandel aussieht, lässt sich an einem Ort beobachten, der auf den ersten Blick wenig mit Geopolitik zu tun hat: dem Hafen von Rotterdam. Täglich gelangen dort Mikrochips aus Taiwan, seltene Erden aus China und Flüssiggas aus den USA nach Europa. Früher galten solche Handelsströme vor allem als Ausdruck wirtschaftlicher Verflechtung. Heute erzählen sie eine sicherheitspolitische Geschichte. Denn die Kontrolle über Lieferketten entscheidet zunehmend über politischen Einfluss und strategische Handlungsfähigkeit.

Über Jahrzehnte beruhte die europäische Globalisierungspolitik auf der Annahme: Wirtschaftliche Verflechtung schafft politische Stabilität. Handel sollte Konflikte unwahrscheinlicher machen, gegenseitige Abhängigkeiten sollten Kooperation fördern. Diese Vorstellung prägte die europäische Politik nach dem Kalten Krieg – gegenüber Russland und China. Globalisierung schien mehr zu sein als ein ökonomisches Modell. Sie galt als hoffnungsvolles Friedensprojekt.

*Europas Abhängigkeit von russischer Energie erwies*

Spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wirkt diese Logik fragil. Europas Abhängigkeit von russischer Energie erwies sich

*sich nicht als ökonomische Absicherung, sondern als strategische Verwundbarkeit.*

nicht als ökonomische Absicherung, sondern als strategische Verwundbarkeit. Was einst pragmatische Kooperation war, wurde zum geopolitischen Risiko. Die drastisch gestiegenen Energiepreise, die Sorge um die Versorgungssicherheit sowie die hektische Suche nach neuen Lieferanten machten deutlich, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten keineswegs nur gegenseitige Vorteile schaffen. Im Gegenteil: Sie können als politisches Druckmittel eingesetzt werden.

Die Energiekrise markierte einen tieferen Einschnitt als zunächst angenommen. Sichtbar wurde sowohl die Verwundbarkeit einzelner Staaten als auch der substanzielle Wandel im Verständnis internationaler Politik. Wirtschaftliche Verflechtung wurde nicht länger als Effizienz- oder Wohlstandsfaktor betrachtet. Fortan bezog sie sich auf strategische Kontrolle. Wer den Zugang zu Energie, Rohstoffen oder Schlüsseltechnologien kontrolliert, verfügt über gesellschaftlichen Einfluss. In der globalisierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts entstehen Machtressourcen nicht bloß durch militärische Stärke oder territoriale Kontrolle. Vielmehr entstehen sie durch die Fähigkeit, kritische Knotenpunkte der Weltwirtschaft zu kontrollieren. Wer über Technologien oder zentrale Infrastrukturen verfügt, kann Druck ausüben, ohne einen einzigen Soldaten zu bewegen.

Diese Entwicklung transformiert das Verständnis von Sicherheit fundamental. Während Sicherheitspolitik traditionell mit Armeen, Bündnissen und Abschreckung verbunden wurde, rücken wirtschaftliche Verwundbarkeiten in den Mittelpunkt. Die Frage lautet nicht, ob ein Staat militärisch verteidigungsfähig ist. Eher wird relevant, ob er im Krisenfall Zugang zu Energie, digitalen Netzwerken, Vorprodukten und Schlüsseltechnologien behält.

Damit verschwimmen die Grenzen zwischen lange Zeit getrennten Politikfeldern. Industriepolitik wird sicherheitspolitisch elementar, Handelspolitik erhält eine geopolitische Dimension und technologische Innovation wird zu einer Frage strategischer Handlungsfähigkeit. Die Vorstellung, Wirtschaft und Sicherheit ließen sich unabhängig voneinander organisieren, wirkt unter diesen Bedingungen fragwürdig.

Besonders sichtbar wird diese Entwicklung im Verhältnis zwischen den USA und China. Diese Auseinandersetzung ist mehr als ein Duell um Handel oder Wettbewerbsfähigkeit. Tatsächlich geht es um technologische Kontrolle und geopolitische Dominanz. Im Zentrum

stehen Halbleiter – die Grundlage moderner Volkswirtschaften. Ohne Mikrochips funktionieren weder KI-Systeme noch industrielle Produktion, weder Rechenzentren noch moderne Waffensysteme.

Dass der weltweit wichtigste Produzent hochentwickelter Chips in Taiwan sitzt, macht diese Abhängigkeit zusätzlich brisant. Ein Konflikt in der Taiwanstraße wäre keineswegs eine regionale Eskalation. Es wäre ein riesiger, globaler ökonomischer Schock. Von der Automobilindustrie bis zur Künstlichen Intelligenz wären internationale Schlüsselindustrien betroffen. Die Verwundbarkeit globaler Lieferketten würde sich umgehend in Fabriken, Unternehmen und Finanzmärkten bemerkbar machen.

Die USA haben auf diese Entwicklung rasch reagiert. Industrieprogramme wie der *CHIPS and Science Act* dienen nie allein wirtschaftlicher Modernisierung, sondern explizit geopolitischen Zielen. Parallel beschränken Exportkontrollen den Zugang Chinas zu Hochtechnologie. Produktionskapazitäten, technologische Standards und industrielle Infrastruktur werden nicht nach Marktlogiken bewertet. Vielmehr werden sie anhand ihrer strategischen Wichtigkeit gemessen. Wirtschaftspolitik wird in zunehmendem Maß zur Sicherheitspolitik.

China verfolgt seinerseits eine Strategie der technologischen Eigenständigkeit. Milliardeninvestitionen sollen die Abhängigkeit von westlichen Technologien reduzieren und die eigene Position in Zukunftsindustrien stärken. Zudem nutzt Peking seine dominante Stellung bei kritischen Rohstoffen als geopolitischen Hebel. Besonders bei seltenen Erden, die für Batterien, Elektronik oder Verteidigungstechnologien unverzichtbar sind, verfügt China über erheblichen Einfluss. Wirtschaftliche Verflechtung verschwindet nicht. Stattdessen wird sie zum Austragungsort geopolitischer Konkurrenz.

Europa reagiert auf diese Entwicklung bislang mit Krisenstimmung. Die Pandemie, die Energiekrise und die Debatten um kritische Rohstoffe haben offengelegt, wie abhängig Schlüsselindustrien von globalen Lieferketten geworden sind. Begriffe wie „Resilienz“, „De-Risking“ oder „strategische Autonomie“ gehören inzwischen fest zum Vokabular in Brüssel und Berlin.

Kaum ein westliches Industrieland ist von diesem Wandel stärker betroffen als Deutschland. Das deutsche Wirtschaftsmodell beruhte über Jahrzehnte auf drei Voraussetzungen: günstige Energie aus Russland, offene Absatzmärkte in China und die sicherheitspolitische Absicherung durch die USA. Alle drei Säulen sind inzwischen brüchig geworden. Der russische Angriffskrieg hat die Energiepartnerschaft zerstört, die Rivalität

zwischen Washington und Peking erhöht die Risiken auf dem chinesischen Markt, und die Verlässlichkeit amerikanischer Sicherheitsgarantien wird unter Donald Trump zunehmend infrage gestellt.

Spürbar wird dies in der Debatte über die wirtschaftlichen Beziehungen zu China. Viele deutsche Unternehmen erwirtschaften dort einen erheblichen Teil ihrer Umsätze, während die Sorge wächst, dass wirtschaftliche Abhängigkeiten künftig politisch missbraucht werden könnten. Die Diskussion über „De-Risking“ veranschaulicht dieses Spannungsverhältnis. Europa möchte wirtschaftlich offenbleiben, versucht aber Verwundbarkeiten zu reduzieren.

*Das strategische Dilemma: Die Europäische Union verdankt ihren Wohlstand der wirtschaftlichen Offenheit, gleichzeitig macht genau diese Offenheit sie verwundbar.*

Genau hier liegt Europas strategisches Dilemma. Die Europäische Union verdankt ihren Wohlstand der wirtschaftlichen Offenheit, gleichzeitig macht genau diese Offenheit sie verwundbar. Anders als die USA kann Europa kritische Abhängigkeiten nicht einfach durch Größe oder Macht kompensieren. Anders als China kann es sie nicht zentralstaatlich steuern. Europa muss daher einen Weg finden, offenzubleiben, ohne erpressbar zu werden.

Die Europäische Union bemüht sich, auf diesen historischen Einschnitt zu reagieren. Investitionen in die Halbleiterproduktion, neue Strategien zur Sicherung kritischer Rohstoffe sowie strengere Regeln für den Schutz sensibler Infrastruktur sollen Europas Spielräume in Krisenzeiten vergrößern. Jedoch zeigt sich, wie komplex das Vorhaben ist. Europa bleibt auf internationale Märkte angewiesen und kann Abhängigkeiten nicht vollständig beseitigen.

Hierbei unterscheidet sich die europäische Situation von den Strategien der USA oder Chinas. Während Washington und Peking wirtschaftliche Instrumente machtpolitisch einsetzen, muss Europa einen Mittelweg finden. Es kann sich weder vollständig abschotten noch geopolitische Risiken ignorieren. Die Schwierigkeit besteht darin, Offenheit und Sicherheit miteinander zu verbinden.

Das macht die Debatte über Resilienz so kompliziert. Der Begriff wird vielfach verwendet, bleibt aber oft unscharf. Gemeint ist die Fähigkeit, wirtschaftliche Abhängigkeiten so zu organisieren, dass sie im Krisen- und Kriegsfall keinesfalls zur Schwäche werden. Es geht nicht um Autarkie oder die Abkehr von globalen Märkten. Letztlich geht es

darum, welche Abhängigkeiten Demokratien in einer konflikthaften Welt noch akzeptieren können.

Für Europa bedeutet das einen tiefgreifenden Perspektivwechsel. Die Frage lautet nicht mehr nur, wie Wettbewerbsfähigkeit gesichert oder Wachstum erzeugt werden kann. Sie lautet zunehmend, welche Abhängigkeiten politisch akzeptabel sind und welche Europas Fähigkeiten zu eigenständiger Politik begrenzen. Die eigentliche Zeitenwende findet deshalb nicht nur in der Verteidigungs-, sondern auch in der Wirtschafts- und Industriepolitik statt. Europas Wohlstand beruhte lange auf Offenheit. Seine Sicherheit wird künftig davon abhängen, wie strategisch es mit dieser Offenheit umgeht.

---



**Julia Engels**
Aachen

Julia Engels ist Politikwissenschaftlerin und promoviert an der RWTH Aachen zur internationalen Sicherheitsordnung und nuklearen Abschreckung. Ihre Schwerpunkte sind strategische Stabilität und die normativen Grundlagen moderner Sicherheitspolitik.